

DIE LINKE. im Europaparlament zur dt. EU-Ratspräsidentschaft (2. Halbjahr 2020)  
Diskussionspapier, vorgelegt und angenommen von europapolit. Sprecher\*innen am  
21.2.2020

Martina Michels, Sprecherin der Delegation  
André Seubert, Mitarbeiter  
6.2.2020

Deutschland beginnt mit der sogenannten Trio-Ratspräsidentschaft zusammen mit  
Slowenien (1.Halbj. 2021) und Portugal (2.Halbj. 2021): Schwerpunkte China, Westbalkan,  
Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-27

Voraussichtliche Themen dt. EU-Ratspräsidentschaft 2020:  
**Geplantes Motto „Europa das stark ist, souverän und sozial“**

*Das genaue Programm der Bundesregierung für das 2. Halbjahr 2020 liegt noch nicht vor.*  
Folgende Politikfelder sollen die Schwerpunkte bilden:

- ) EU soll außenpolitisch geschlossener handeln, um eine „faire Handelspolitik“, eine enge Anbindung Großbritanniens zu erreichen. Westbalkan soll an EU angenähert werden. Und China rückt in den Fokus (EU-China-Gipfel im Sept. 2020).
- ) BReg will Kompetenzzentrum für ziviles Krisenmanagement gründen, gemeinsames Hauptquartier für Einsätze der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einrichten. Ein Europäischer Sicherheitsrat soll geschaffen werden.
- ) Ziele des Pariser Klimaabkommens werden überprüft: EU soll ehrgeizigere Klimaziele setzen, damit Europa bis 2050 klimaneutral wird.
- ) Eine europäische Industriepolitik für globale Konkurrenzkämpfe und eigene Daten-Sicherheitsstrukturen sind weitere Ziele.
- ) Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-27(MFR) soll Ende 2020 beschlossen werden. Dieser soll stärker auf Klimaschutz, gemeinsame Außenpolitik, Migrationssteuerung und digitale Souveränität der EU ausgerichtet sein.
- ) Mitgliedstaaten sollen zum ersten Mal den Zustand ihrer Rechtsstaatlichkeit überprüfen und BReg will gemeinsamen Rahmen für die soziale Grundsicherung und für Mindestlöhne schaffen, um Sozialdumping und Jugendarbeitslosigkeit besser zu bekämpfen.

Als Delegation DIE LINKE im EP haben wir uns bereits Schwerpunkte für die Ratspräsidentschaft gesetzt, die mit Aktionen/Kampagnen/Fachgesprächen öffentlichkeitswirksam begleitet werden sollen:

Wir haben Parteivorstand und BTF eine Aktionswoche zur EU-Ratspräsidentschaft in Deutschland vorgeschlagen. Dafür wäre eine engere Koordinierung nötig.

Gemeinsam mit dem Parteivorstand soll eine große Pressekonferenz vor der Ratspräsidentschaft organisiert werden.

Im September 2020 finden in Deutschland **Studententage der GUE/NGL-Fraktion** statt, um mit Fachleuten, Genoss\*innen und Journalist\*innen über unsere Schwerpunkte zu diskutieren.

### Schwerpunkte der Delegation DIE LINKE:

#### ) MFR

Mit dem Brexit verlässt der zweitgrößte Nettozahler die EU. Kommission hat Vorschlag für Kürzungen gemacht, finnische Ratspräsidentschaft hat diesen bereits weiter unterboten, der neueste Vorschlag zum Ratsgipfel wird bereits vom EP scharf als unzureichend kritisiert.

Wir fordern, den MFR zu erhöhen und noch viel stärker dem Kampf der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zu widmen. Die EU-Förderpolitik und der MFR müssen insgesamt grün und sozial gestaltet werden. Klimaschutz muss sich in den Förderkriterien für die Strukturfonds widerspiegeln.

*Beim MFR brauchen wir eine besonders enge Koordinierung mit BTF und LTF.*

#### ) Sozial-ökologischer Umbau – „Just transition“

Als LINKE müssen wir gerade dieses Thema mit der sozialen Frage und Konzernkritik verbinden. Der „Just transition mechanism“ der Kommission sieht Gelder vor, deren Höhe unrealistisch ist und vom Wohlwollen privater Investoren und der Mitgliedstaaten abhängt. Einem effektiven Kampf gegen die Klimakatastrophe wird er nicht gerecht. Die geplanten Gelder müssen außerdem den Menschen vor Ort, bspw. in Kohleregionen, zu Gute kommen und dürfen nicht für Entschädigungen von Großkonzernen missbraucht werden.

*DIE LINKE-Delegation übersetzt und verbreitet das 10-Punkte-Papier der GUE/NGL-Fraktion zum Green Deal.*

*Die „Energietour“ in Sachsen könnte als Beispiel für andere Bundesländer dienen, um öffentlichkeitswirksam für unsere Ziele zu werben.*

#### ) Soziale Sicherungssysteme (Mindeststandards, -einkommen und -löhne)

Die Delegation kämpft seit Jahren für soziale Mindeststandards (u.a. armutsfeste Mindesteinkommen, -löhne), um Sozialdumping im Binnenmarkt und soziale

Ungleichheit zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten zu beseitigen. Gerade bei diesem Thema muss DIE LINKE ihr Profil und ihre Reputation nutzen, um Druck auf BReg auszuüben und europäische Lösungen zu finden.

*Wir schlagen eine Kampagne zum Europäischen Mindestlohn vor.*

## ) Digitale Gesellschaft

Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche und führt zu grundlegenden Umbrüchen und Veränderungen. Die Verhältnisse zwischen Bürger\*innen, Unternehmen und Regierungen ändern sich drastisch. Die Gefahr des allgegenwärtigen Überwachungsstaats wird völlig unterschätzt! Auch die Medien- und Informationsfreiheit sind betroffen. Die Delegation legt ihre Schwerpunkte auf die Umsetzung der Urheberrechtsreform, „ethische“ KI, digitale Bürgerrechte und Datenschutz.

*Zur Digitalisierung der Gesellschaft sind Flyer oder Paper für die Öffentlichkeitsarbeit geplant. Außerdem haben wir eine Studie über die Umsetzung der Urheberrechtsreform anfertigen lassen, über die ein Fachgespräch/Konferenz mit BTF und LT-Fraktionen geplant ist.*

## ) Fairer Handel, Außenpolitik (China, Russland)

Die Weltordnung der Nachkriegszeit ist im Umbruch, neue Handelskriege schüren politische Konflikte. Nach dem Widerstand der Menschen gegen TTIP sollen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten in Handelsfragen kaum noch mitreden dürfen (wie bspw. beim Vietnam-Abkommen).

Das Verhältnis zu Russland folgt immer öfter der Logik des Kalten Krieges. Auch das Verhältnis zu China ändert sich: die EU sieht China nicht länger als „Wettbewerber“, sondern als „Systemrivalen“. Aus diesen Gründen will Von der Leyen die EU weiter zum globalen Akteur aufbauen.

Als LINKE-Delegation begleiten wir die Verhandlungen zu Handelsverträgen weiter kritisch und halten am Anspruch alternativer, fairer und ethischer Handelsmandate fest. Handelsverträge müssen mit Umweltschutz, Energiewende und sozialen Standards verknüpft werden.

Besonders mit Blick auf die Ratspräsidentschaft müssen wir uns als LINKE stärker dem Verhältnis zu China widmen.

Auch der Westbalkan rückt näher in den Fokus.

Wir müssen uns zum neuen Handelsvertrag mit Großbritannien, der bis Ende 2020 verhandelt sein soll, positionieren. Dabei sollten Handel und eine enge Kooperation unser Ziel sein. Jedoch dürfen bestehende soziale und Umweltstandards nicht untergraben werden.

## ) Militarisierung

Die EU wird zur Verteidigungsunion ausgebaut. Mit dem europ. Verteidigungsfonds werden die Rüstungsindustrie unterstützt und gemeinsame Großprojekte vorangetrieben. Als Delegation DIE LINKE stellen wir uns strikt gegen die Militarisierung der EU. Als LINKE im EP wollen wir das Thema Militarisierung zuspitzen.

Dazu sollen *Flyer und neue Formate u.a. für die Friedensbewegung/Ostermärsche* erstellt werden.

*Die BTF wird gegen den europ. Verteidigungsfonds klagen, da dafür nach EU-Verträgen eigentlich keine Mittel genutzt werden dürfen.*

## ) Migration.

Das sogenannte Dublin-System der EU ist seit 2011 gescheitert und als Gesamtsystem nicht mehr haltbar. Das primäre Ziel der EU ist, die Außengrenzen zu sichern und „illegale“ Migration zu verhindern. Dafür wird ein neuer Pakt angestrebt, denn die bisherigen Vorschläge werden im Rat blockiert.

*Als LINKE müssen wir den organisierten Rechtsbruch an den EU-Außengrenzen und die Verletzung der Menschenrechte noch stärker thematisieren. EU- und nationales Recht muss durchgesetzt werden. Außerdem müssen wir dafür streiten, dass Arbeitsmigration und Integrationsförderung viel stärker ins Zentrum rücken.*

*Wir wollen das im letzten Jahr erstmals durchgeführte „Parlament für Geflüchtete und Migrant\*innen“ erneut organisieren.*

Die Ratspräsidentschaft sollte auch genutzt werden, um den immer noch ausstehenden Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zu skandalisieren und dahingehend Druck auf die BReg auszuüben.

Außerdem fällt die Überarbeitung der „Leipzig-Charta zur nachhaltigen Stadt“, die besonders auf Länderebene eine große Bedeutung haben dürfte, in die Zeit der dt. Ratspräsidentschaft.

Mit der sogenannten „Konferenz zur Zukunft Europas“ will die EU ihre Bürger\*innen stärker beteiligen. Wir wollen diesen Prozess kritisch-konstruktiv begleiten. Dieser beschränkt sich zwar nicht auf die Dauer der dt. Ratspräsidentschaft, aber wir sollten diese Zeit besonders nutzen, um öffentlichkeitswirksam für die Demokratisierung der EU zu streiten und Bürger\*innen zur Teilnahme zu motivieren. Diese Konferenz darf nicht zu einer folgenlosen Show verkümmern.